



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2013

---

## **Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit? Einwanderungsbeschränkung und individuelle Selbstbestimmung**

Cassee, Andreas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-84747>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Cassee, Andreas (2013). Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit? Einwanderungsbeschränkung und individuelle Selbstbestimmung. *Polar*, 15:73-77.

Andreas Cassee

## Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit?

Einwanderungsbeschränkung und individuelle Selbstbestimmung

**Die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb eines Landes ist ein anerkanntes Menschenrecht. Einen individuellen Anspruch, sich international frei zu bewegen und niederzulassen, kennt das geltende Recht hingegen nicht. Gibt es eine überzeugende Rechtfertigung für diese Asymmetrie?**

Wenn ich meinen Wohnsitz von Zürich nach Genf verlegen möchte, so wird das gemeinhin als mein gutes Recht angesehen. Niemand kommt auf die Idee zu fordern, man möge in Zürich die „Migrationsursachen bekämpfen“, statt mich in Genf einzulassen. Ich brauche auch nicht geltend zu machen, dass ich in Zürich politisch verfolgt werde, um einen Anspruch zu haben, in Genf aufgenommen zu werden. Ich habe ganz einfach das Recht, selbst darüber zu bestimmen, in welcher Schweizer Stadt ich leben möchte. Und wenn ich mich entscheide, nach Genf zu ziehen, dann darf mich weder der Schweizer Staat noch die Stadt Zürich oder die Stadt Genf daran hindern. So jedenfalls verlangt es das geltende Völkerrecht: Es gibt ein verbrieftes Menschenrecht, sich innerhalb eines Landes frei zu bewegen und niederzulassen.

Wenn ich meinen Lebensmittelpunkt statt nach Genf allerdings nach Montreal oder nach Kampala verlagern möchte, so sieht die Rechtslage plötzlich ganz anders aus: Zwar darf mich die Schweiz nicht an der Ausreise bzw. an der Auswanderung hindern; auch dies würde gegen einschlägige völkerrechtliche Konventionen verstoßen. Aber Kanada und Uganda steht es frei, mir die Einreise und Niederlassung zu verbieten: Das geltende Völkerrecht kennt *keinen* individuellen Anspruch, sich *zwischen* nationalstaatlichen Territorien frei zu bewegen.

Im politischen Diskurs gilt das staatliche Recht, Einwanderungswillige abzuweisen, meist als so selbstverständlich, dass es gar nicht erwähnt oder begründet zu werden braucht. Die Debatten drehen sich darum, welche Migrationspolitik dem jeweiligen Land und seinen Bürgerinnen wirtschaftlich am dienlichsten ist, ob die Einwanderung für das Land kulturell eher eine Bereicherung oder eine Belastung darstellt etc. Dass es an den Bürgerinnen der einzelnen Staaten ist, darüber zu entscheiden, wie viel Einwanderung sie zulassen wollen, und dass sie dies nach Maßgabe ihrer eigenen Vorstellungen und Interessen entscheiden dürfen, gilt als unkontrovers. Ein individueller Anspruch, auf einem Staatsgebiet aufgenommen zu werden, wird allenfalls im Zusammenhang mit Flüchtlingen thematisiert. Typische Wirtschaftsmigrantinnen, so die nahezu einhellige Meinung, haben grundsätzlich keinen Anspruch, aufgenommen zu werden.

Die Frage ist allerdings, ob es ein überzeugendes Argument für diese verbreitete Ansicht gibt. Wenn die innerstaatliche Bewegungsfreiheit wichtig genug ist, in den Rang eines Menschenrechts erhoben zu werden, weshalb sollte dann die zwischenstaatliche Bewegungsfreiheit beliebig eingeschränkt werden dürfen? Weshalb sollte aus einem Menschenrecht ein Privileg werden, das nach Belieben gewährt oder verweigert werden darf, bloß weil eine Staatsgrenze zwischen dem Ort liegt, an dem ich lebe, und dem Ort, an dem ich gerne leben möchte?

*Genügend Auslauf vs. freie Bewegung*

Einer der wenigen philosophischen Befürworter eines staatlichen Rechts auf Ausschluss, die sich explizit zu diesem Einwand geäußert haben, ist David Miller. Miller gesteht zunächst zu, dass ein Recht auf Bewegungsfreiheit zu den grundlegenden moralischen Rechten gehört. Er

betont dann allerdings, dass die Bewegungsfreiheit auch im Inneren von Staaten keineswegs uneingeschränkt gilt – die Bewegungsfreiheit gibt uns beispielsweise *kein* Recht, auf der falschen Straßenseite zu fahren, die Höchstgeschwindigkeit auf der Autobahn zu übertreten oder in Privatgebäude einzudringen. Worauf alle Menschen ein grundlegendes Recht haben, ist Miller zufolge nur *genügend* Bewegungsfreiheit, um eine angemessene Auswahl an Optionen in wichtigen Lebensbereichen zu haben (eine gewisse Auswahl an potenziellen Partnern, Jobmöglichkeiten etc.). Dafür sei ein Recht auf zwischenstaatliche Bewegungsfreiheit aber (normalerweise) nicht nötig: Wer im Herkunftsland bereits über eine angemessene Auswahl an Optionen verfügt, muss sich nicht frei über Staatsgrenzen bewegen können, um in seinen grundlegenden Rechten geschützt zu sein.

Wie problematisch Millers Antwort ist, wird allerdings schnell deutlich, wenn wir uns die Implikationen seiner Argumentation vor Augen führen. Nehmen wir einmal an, dass mir aktuell in allen Lebensbereichen das Doppelte der Optionen zur Verfügung steht, die für eine angemessene Auswahl oder ein „anständiges Leben“ mindestens notwendig wären. Dann folgt aus Millers Position nicht nur, dass mir die Schweiz einen Umzug in die Westschweiz mit dem Argument verbieten dürfte, die östliche Landeshälfte biete mir ja genügend andere Möglichkeiten. Der Staat dürfte mir beispielsweise auch intime Beziehungen mit Menschen untersagen, die an einem ungeraden Kalendertag geboren sind. Nach einer solchen Halbierung meiner Optionen wäre ich der Annahme zufolge immer noch im Genuss einer angemessenen Auswahl, und nur darauf besteht Miller zufolge ein moralisches Recht.

Überzeugender als Millers Position scheint mir deshalb die Ansicht, dass negative Freiheitsrechte in ihrer Reichweite grundsätzlich unbeschränkt sind. So ist beispielsweise die Meinungsäußerungsfreiheit keineswegs gewahrt, wenn ein Staat bloß eine genügend lange Liste mit „legalen“ Meinungen bekannt gibt und ansonsten sämtliche Meinungsäußerungen unter Strafe stellt. Das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit ist vielmehr ein Recht, sich ohne staatliche Eingriffe *frei* zu äußern, und erstreckt sich als solches auf alle Meinungen, die zu äußern uns in den Sinn kommt (jedenfalls wenn sie nicht verleumderisch sind oder unter andere relevante Einschränkungen fallen).

Auch das Recht auf Bewegungsfreiheit, um das es hier geht, ist ein negatives Recht: Zur Diskussion steht nicht ein positiver Anspruch darauf, dass mir der Staat eine Wohnung in Genf zur Verfügung stellt oder meine Reise dorthin finanziert, sondern der negative Anspruch, nicht mit Zwangsmitteln daran *gehindert* zu werden, nach Genf zu reisen und dort zu bleiben. Die Idee dieses negativen Rechts ist nicht, dass der Staat mir „genügend Auslauf“ ermöglichen sollte, sondern dass die Wahl meines Aufenthaltsorts etwas ist, worüber ich ohne staatliche Eingriffe selbst entscheiden können sollte. Deshalb verstößt der Staat auch dann gegen mein Recht auf Bewegungsfreiheit, wenn er mir bloß die eine Option wegnimmt, nach Genf zu ziehen. Und die Frage bleibt, weshalb wir die Sache anders beurteilen sollten, wenn ich stattdessen an der Einreise nach Kanada gehindert werde.

### *Einwanderungsbeschränkung und individuelle Selbstbestimmung*

Restriktionen der internationalen Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit beeinträchtigen die individuelle Selbstbestimmung in mehreren Hinsichten. Erstens beschneiden Einwanderungsbeschränkungen *direkt* die Selbstbestimmung über einen wichtigen Aspekt des eigenen Lebens, nämlich die Entscheidungshoheit über den eigenen Aufenthaltsort.

Zweitens führen Einreise- und Einwanderungsbeschränkungen *indirekt* zu einer Beschneidung zahlreicher anderer Freiheiten. So habe ich im rechtlichen Status quo

beispielsweise nicht ohne weiteres das Recht, gemeinsam mit einer Nigerianerin eine Wohngemeinschaft zu gründen oder mich mit Kanadiern zu einer Kundgebung zu versammeln: Es gibt keinen Ort, an dem wir zusammenleben bzw. uns versammeln dürften, ohne dass jemand von uns in der Rolle eines Bittstellers um eine Aufenthaltserlaubnis ersuchen muss.

Und schließlich erschweren Mobilitätsschranken drittens den Zugang vieler Individuen zu den materiellen Ressourcen, die für ein selbstbestimmtes Leben wichtig sind. Nicht zu Unrecht beschreibt Joseph Carens die Staatsbürgerschaft in einem wohlhabenden Land deshalb als eine moderne Variante feudaler Privilegien – Restriktionen der Bewegungsfreiheit machen die mit der Geburt verliehene Staatsbürgerschaft zum entscheidenden Faktor dafür, welche Möglichkeiten einem Menschen im Leben offen stehen.

### *Ein nicht-absolutes Recht auf globale Bewegungsfreiheit*

Aus diesen Tatsachen ergibt sich ein Rechtfertigungsbedarf, den wir meines Erachtens ernst nehmen sollten, als dies gemeinhin getan wird. Damit möchte ich nicht behaupten, dass Restriktionen der Bewegungsfreiheit unter *keinen* Umständen vertretbar sein könnten. Das Recht auf Bewegungsfreiheit, das ich verteidigen möchte, ist kein *absolutes* Recht. So ist es beispielsweise vernünftig, wenn der Gesetzgeber bei der Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen eine gewisse Abwägung zwischen der Bewegungsfreiheit und dem Recht der Verkehrsteilnehmerinnen (und unbeteiligter Dritter) auf körperliche Unversehrtheit vornimmt. Es scheint mir auch einleuchtend, dass es neben dem öffentlichen Raum auch private Räume geben sollte, in denen Menschen persönliche Projekte verfolgen und Beziehungen pflegen können, ohne jederzeit damit rechnen zu müssen, dass unbeteiligte Dritte hereinplatzen. Und in besonderen Situationen darf der Staat die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum vorübergehend auch zusätzlich einschränken: Er darf beispielsweise nach dem Niedergang einer Lawine eine öffentliche Straße für den Privatverkehr sperren, um die Wege für Rettungskräfte freizuhalten.

Analog darf meiner Ansicht nach auch die zwischenstaatliche Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, wenn andere moralische Ansprüche von ähnlichem Gewicht dies erfordern. Allerdings sollten bei der entsprechenden Güterabwägung – entgegen der bestehenden Praxis – auch die Ansprüche der Personen unparteiisch mitberücksichtigt werden, deren Bewegungsfreiheit beschnitten wird. Und die Einschränkungen müssen verhältnismäßig sein: Die bloß hypothetische Möglichkeit eines Lawinnenniedergangs genügt nicht, um den Zugang zu einem Dorf für Jahre zu sperren. Und die Schweizer Behörden dürfen wegen einer einzelnen Lawine in Graubünden nicht die ganze Ostschweiz von der Außenwelt abschneiden. Analog sollte meines Erachtens auch die internationale Wanderung von Menschen nur dann beschränkt werden, wenn tatsächlich eine reale Gefahr für klar benennbare andere Ansprüche besteht. Und Einschränkungen sind nur in dem Ausmaß zulässig, in dem sie tatsächlich notwendig sind, um diese Ansprüche zu schützen. Düstere Prognosen für ein hypothetisches Szenario mit völlig offenen Grenzen genügen nicht, um Restriktionen auf dem bestehenden Niveau zu rechtfertigen.

### *Und die demokratische Selbstbestimmung?*

Man wird mir wahrscheinlich entgegenhalten, es sei das gute Recht der Bürgerinnen eines demokratischen Staates, selbst darüber zu entscheiden, welche Einwanderungspolitik sie verfolgen wollen. Doch erstens scheint mir fraglich, ob wir das Recht auf demokratische Selbstbestimmung als einen Freipass zur Einschränkung individueller Freiheiten verstehen

sollten. Selbst radikale Demokratinnen, die institutionellen Einschränkungen der demokratischen Selbstbestimmung skeptisch gegenüberstehen, tun meines Erachtens gut daran zuzugeben, dass Mehrheitsentscheide zumindest moralisch kritikwürdig sein können, etwa wenn eine Mehrheit beschließt, sie wolle in einer christlichen Gesellschaft leben, und deshalb andere Religionen verbietet.

Und zweitens ist der Verweis auf die demokratische Selbstbestimmung bei Einwanderungsbeschränkungen zusätzlich problematisch, weil diejenigen, denen gegenüber die entsprechenden Regeln mit Zwang durchgesetzt werden, gerade nicht an der Aushandlung dieser Regeln beteiligt sind: Die Menschen in den Ausschaffungsgefängnissen hatten *nicht* die Möglichkeit, sich im migrationspolitischen Entscheidungsprozess des jeweiligen Landes einzubringen. Es ist deshalb unklar, weshalb der Verweis auf demokratische Prozeduren *ihnen gegenüber* irgendeine rechtfertigende Kraft haben soll.

Ich weiß nicht, ob wir an dieser Stelle so weit gehen sollten wie Arash Abizadeh, der verlangt, dass Einwanderungsregimes auf internationaler Ebene demokratisch ausgehandelt werden müssten, um legitim zu sein. Vielleicht genügt es, wenn die „drinnen“ die Ansprüche derer „draußen“ angemessen berücksichtigen. Aber jedenfalls scheint mir der Verweis auf die demokratische Selbstbestimmung keine überzeugende Rechtfertigung dafür zu sein, die legitimen Ansprüche von Einwanderungswilligen gänzlich zu übergehen. Und zu diesen Ansprüchen zählt meines Erachtens auch ein Anspruch, frei darüber zu entscheiden, auf welchem Fleck der Erdoberfläche man sein Leben verbringen möchte, sofern dem nicht gewichtige Gründe entgegenstehen.